

219229-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – Nördliche Fuß- und Radwegbrücke über die Weser in Hameln

OJ S 63/2026 31/03/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Hameln

E-Mail: sven.szubin@hameln.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Nördliche Fuß- und Radwegbrücke über die Weser in Hameln

Beschreibung: Die Stadt Hameln plant im Zuge ihres Masterplans "Green City Plan" (GCP) Maßnahmen für das Verkehrsnetz mit Verbesserungen der Nachhaltigkeit und Verringerung der Emissionen. Ein Teil hierfür ist der Ausbau des Radverkehrsnetzes. Einer der Schritte hierfür ist die Verlegung des Weserradweges am rechten Ufer parallel zur Fischbecker Landstraße. Hier wurde der bestehende Abschnitt in die Weseraue verlegt. Diese weitere Querung der Weser durch einen Neubau einer Fußgänger- und Radwegbrücke spielt eine zentrale Rolle im Rahmen des GCP-Masterplans und soll nun realisiert werden. Das neue Brückenbauwerk nördlich der Hamelner Innenstadt schafft die Verknüpfung mit dem Vorzugsroutennetz und hilft, den Verkehr emissionsfreier zu gestalten. Mit dieser neuen Weserquerung ließen sich Wegeverkürzungen von etwa 30 bis 40 % mit dem Fahrrad erzielen. Auf Grundlage der vorliegenden Machbarkeitsstudie wurde die Variante "H" (Anbindung der Brücke auf Höhe der Fontanestraße) als Vorzugsvariante durch den Rat der Stadt Hameln festgelegt. Die Festlegung auf ein Tragsystem, Konstruktion und Materialität sowie die Gestaltung der zukünftigen Brücke erfolgte ausdrücklich nicht. Die räumliche Lage der Brücke ist jedoch durch den Ratsbeschluss vorgegeben. Neben dem Brückenneubau ist ein weiterer Bestandteil der Aufgabe die planerische Ausarbeitung der verkehrlichen Anbindung der Brücke an den bestehenden Weserradweg und die Fontanestraße. Weitergehende Baukosten als die in der genannten Machbarkeitsstudie ausgewiesenen liegen nicht vor und wurden lediglich grob geschätzt.

Kennung des Verfahrens: 74d29f25-1d3e-448d-a2c6-474c6251a2f2

Interne Kennung: 2607

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Für die Vergabe der auftragsgegenständlichen Planungsleistungen wird ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem

Teilnahmewettbewerb durchgeführt. In der ersten Stufe des Verfahrens, dem

Teilnahmewettbewerb, bekunden die Bewerber ihr Interesse und weisen ihre Eignung nach.

Die mit der Bekanntmachung festgelegten Eignungsvoraussetzungen der wirtschaftlichen und

finanziellen Leistungsfähigkeit, der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sowie die Zuverlässigkeit werden anhand der dazu geforderten Nachweise durch den Auftraggeber geprüft. Per Auswahlverfahren wird eine begrenzte Anzahl Bewerber ermittelt und zur zweiten Stufe des Verfahrens, der Verhandlungsstufe, zugelassen. Die nichtberücksichtigten Bewerber werden über die Gründe der Ablehnung ihrer Bewerbung informiert. Die ausgewählten Bewerber -nun Bieter genannt- werden im weiteren Verfahren zur Abgabe eines verbindlichen Erstangebotes aufgefordert. Weiterhin werden sie aufgefordert, ihr Angebot dem Auftraggeber im Rahmen einer Präsentation vorzustellen. MEHRFACHBEAUFTRAGUNG: Der Auftraggeber möchte im Zuge der Vergabeverhandlungen die Herangehensweise der Planungsbüros an die Aufgabenstellung kennenlernen. Hierzu wird unter den eingeladenen Bietern eine Mehrfachbeauftragung ausgelobt. Der Mehrfachbeauftragung liegt ausschließlich die politisch beschlossene Variante "H" bezogen auf die räumliche Anordnung zugrunde (siehe Machbarkeitsstudie). Der Auftraggeber stellt ein Bewertungsgremium zusammen, welches die eingereichten Angebote und Präsentationen auf Grundlage der mit der Bekanntmachung mitgeteilten Zuschlagskriterien bewertet. Anschließend werden die Bieter zur Abgabe eines finalen Angebotes aufgefordert. Der Auftraggeber behält sich jedoch vor, den Zuschlag bereits auf die Erstangebote zu erteilen und auf Verhandlungen sowie die finale Angebotsabgabe zu verzichten. Der Auftraggeber wird dem Bieter, dessen Angebot als wirtschaftlichstes ermittelt wurde, den Zuschlag erteilen.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung, 71322300 Planungsleistungen für Brücken

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Planungsphase: Rathausplatz 1

Stadt: Hameln

Postleitzahl: 31785

Land, Gliederung (NUTS): Hameln-Pyrmont (DE923)

Land: Deutschland

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Ausführungsphase: Nordstadt

Stadt: Hameln

Postleitzahl: 31785

Land, Gliederung (NUTS): Hameln-Pyrmont (DE923)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 539 879,66 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP4Y4VM9GD# Die Auswahl der Bewerber erfolgt nach den in den Vergabeunterlagen aufgeführten Eignungskriterien und der Prüfung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen. Ist die Bewerberzahl nach dieser objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Kriterien zu hoch, wird unter den verbleibenden gleichermaßen geeigneten Bewerbern notariell oder durch Rechtsamt gelost. Eine Wertung der Referenzen findet nicht statt. Die Referenzen werden auf die unter Abschnitt

"3.3.5 Referenzprojekte" des Bewerberbogens dargelegten Anforderungen (Mindestbedingungen) geprüft. Sind die Mindestbedingungen nicht eingehalten oder nicht in dem ausgefüllten Bewerberbogen eindeutig erkennbar, erfolgt ein Ausschluss der Bewerbung.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Ausschlussgrund gem. § 123 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Ausschlussgrund gem. § 123 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Ausschlussgründe gem. § 123 GWB

Betrug: Ausschlussgründe gem. § 123 GWB

Korruption: Ausschlussgrund gem. § 123 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Ausschlussgrund gem. § 123 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Ausschlussgrund gem. § 123 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Ausschlussgrund gem. § 123 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Ausschlussgrund gem. § 124 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Ausschlussgrund gem. § 124 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Ausschlussgrund gem. § 124 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Ausschlussgrund gem. § 124 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Ausschlussgrund gem. § 124 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Ausschlussgrund gem. § 124 GWB

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Ausschlussgrund gem. § 124 GWB

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Ausschlussgrund gem. § 124 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Ausschlussgrund gem. § 124 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Ausschlussgrund gem. § 124 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Ausschlussgrund gem. § 124 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Ausschlussgrund gem. § 124 GWB

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher

Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Ausschlussgrund gem. § 124 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Nördliche Fuß- und Radwegbrücke über die Weser in Hameln

Beschreibung: Auftragsgegenständlich sind die Planungsleistungen der Objektplanung

Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI, LPH 1-9 (LPH 1 in Teilen) und die Planungsleistungen

der Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI, LPH 1-6 (LPH 1 in Teilen) sowie Besondere Leistungen gem. Anlagen 12 und 14.

Interne Kennung: 2607

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung, 71322300 Planungsleistungen für Brücken

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Beauftragung erfolgt in 3 Stufen: Stufe 1: LPH 1-4 Stufe 2: LPH 5-6 Stufe 3: LPH 7-9 Die Weiterbeauftragung steht unter Vorbehalt der Einhaltung des Kostenrahmens und/oder der Bereitstellung der erforderlichen Haushalts- bzw. Fördermittel und/oder eines positiven Gremien- bzw. Ratsbeschlusses.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Planungsphase: Rathausplatz 1

Stadt: Hameln

Postleitzahl: 31785

Land, Gliederung (NUTS): Hameln-Pyrmont (DE923)

Land: Deutschland

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Ausführungsphase: Nordstadt

Stadt: Hameln

Postleitzahl: 31785

Land, Gliederung (NUTS): Hameln-Pyrmont (DE923)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/08/2026

Enddatum der Laufzeit: 14/08/2033

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Es ist von jedem Bewerber bzw. von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft der Teilnahmeantrag vollständig auszufüllen und gem. den gestellten Anforderungen einzureichen. Es sind die Teilnahmeantragsformblätter zu verwenden, welche auf der Plattform zum Downloadbereit stehen. Die Angebotssprache ist ausschließlich Deutsch. Entsprechend sind alle Nachweise und Erklärungen in deutscher Sprache abzufassen. Anderssprachigen Dokumenten muss eine Übersetzung /Eigenübersetzung beigelegt werden. Für den fristgerechten Eingang der Teilnahmeanträge ist der Bewerber verantwortlich. Die Einreichung muss elektronisch in Textform erfolgen. Bei einer Bewerbung als Bietergemeinschaft ist die Anlage 1 zum Teilnahmeantrag, (Anlage 1 - Bewerber- / Bietergemeinschaft) auszufüllen und beizulegen. Zudem ist bei Bewerbungsgemeinschaften neben dem Bewerberbogen für jedes weitere Unternehmen der Ergänzungsbogen vollständig

auszufüllen und einzureichen. Von der Teilnahme ausgeschlossen sind/werden Bewerber, die als Einzelner und/oder Mitglied einer Bewerbergemeinschaft mehrere Bewerbungen einreichen oder am Tag der Bekanntmachung angestellte(r) oder freie(r) Mitarbeiter(in) eines Bieters/eines Mitglieds einer Bietergemeinschaft sind. Bei Bewerbungen mit Eignungsleihe gem. § 47 VgV ist neben dem Bewerberbogen für jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bewerber für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will der Ergänzungsbogen hinsichtlich der geliehenen Leistungen auszufüllen und einzureichen. Zusätzlich ist bei Eignungsleihe die Anlage 2 (Anlage 2 - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen) vollständig auszufüllen. Bei Unteraufträgen (ohne Eignungsleihe) muss im Teilnahmewettbewerb Art und Umfang der durch Unterauftragsnehmer auszuführenden Leistungen angegeben werden. Hierfür ist Anlage 2 zu verwenden. Erst vor Erteilung des Zuschlags sind die vorgesehenen Nachunternehmen benennen sowie eine Verpflichtungserklärung einzureichen. Nähere Erläuterungen sind den "Hinweisen zum Teilnahmeantrag" zu entnehmen. Es soll ein Vertrag auf Grundlage der RBBau geschlossen werden. Ein Vertragsentwurf für das genannte Vorhaben wird spätestens mit der Angebotsphase zur Verfügung gestellt. Der Vertragsentwurf kann in der Angebotsphase verhandelt werden. Weitere Informationen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen, welche ebenfalls über die Plattform zum Herunterladen bereitstehen. Das Dokument "260326_2607_Weserbrücke_Honorar_VgV_HOAI.xlsx" dient in der Bewerbungsphase ausschließlich der Information. Erst zur Vergabeverhandlung (Stufe 2 des Verfahrens) ist diese Anlage als Teil des Angebots mit einzureichen. MEHRFACHBEAUFTRAGUNG: Die Ausarbeitung der Unterlagen die im Rahmen der Mehrfachbeauftragung erarbeitet werden, werden durch den Auftraggeber vergütet. Das Honorar ist auf 8.000 EUR (brutto) je Bieter für eine dargestellte Entwurfslösung festgesetzt. Voraussetzung für den Honoraranspruch ist die fristgerechte Einreichung der Entwurfslösung und die persönliche Vorstellung in der Vergabeverhandlung. Weitere Kosten, die im Zusammenhang mit einer Beteiligung an diesem Verfahren entstehen, werden nicht erstattet. Bewerber- und später Bieterfragen sind umgehend auf der Vergabepattform über die "Kommunikation" zu stellen. Die Beantwortung erfolgt (mit dazugehörigen Fragen) über die oben genannte Plattform an alle registrierten Bewerber. Ausführliche Informationen sowie Anleitungen zur elektronischen Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten finden Sie im Service Support Center von Cosinex unter <https://support.cosinex.de/>

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: - Eigenerklärung über Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister oder auf anderer Weise nachgewiesene Erlaubnis der Berufsausübung. Der Nachweis ist dem Teilnahmeantrag beizufügen. Als Berufsqualifikation wird gemäß § 75 VgV der Beruf Bauingenieur/in (Bauvorlageberechtigt) mit Ingenieurkammereintragung gefordert. . - Eigenerklärung über Berechtigung nach geltendem Landesrecht die entsprechende Berufsbezeichnung zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland tätig zu werden. Der Nachweis ist dem Teilnahmeantrag beizufügen. . - Eigenerklärung zum Nichtvorliegen der Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB. - Eigenerklärung, dass zu keiner Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers zuzurechnen ist, in den §§ 123 und 124 GWB genannten Verfehlungen vorliegen, die einen Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten. Soweit diese Erklärung nicht oder nur mit

Einschränkungen abgegeben werden kann, ist darzustellen, welche der in den §§ 123, 124 GWB genannten Verfehlungen vorliegen und ob bereits Maßnahmen zur Selbstreinigung gem. § 125 GWB ergriffen worden sind. Entsprechende Nachweise wird der Auftraggeber ggf. anfordern. . - Der Auftraggeber wird für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern. Eigenerklärung, dass weder das Unternehmen des Bewerbers Mehrheitsanteilseigner oder Gesellschafter, noch eine Mutter- oder Tochtergesellschaft des Unternehmens auf einer der in den Anlagen zu den Verordnungen (EG) 881/2002, 2580/2001, 753/2011 sowie 2016/1686(jeweils in der von dem Rat aktualisierten und im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten Fassung) befindlichen Terrorlisten erscheint. . - Eigenerklärung, dass dem Unternehmen des Bewerbers das sich aus den Verordnungen (EG) 881/2002, 2580/2001, 753/2011 sowie 2016/1686 (jeweils in der von dem Rat aktualisierten und im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten Fassung) ergebende Verbot der Zurverfügungstellung von finanziellen Mitteln an der Terrorbereitschaft verdächtige Personen oder Organisationen (Bereitstellungsverbot) bekannt ist. Dem Unternehmen des Bewerbers ist weiterhin bekannt, dass dies u. a. zur Folge hat, dass kein Arbeitsentgelt an einen Arbeitnehmer gezahlt werden darf, welcher auf einer der im Zusammenhang mit den vorgenannten Verordnungen bzw. dem Standpunkt des Rates stehenden Terrorlisten geführt wird. Eigenerklärung, dass sicher gestellt wird, dass die diesbezüglichen gesetzlichen Verpflichtungen eingehalten werden. . - Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Höchstanzahl erfolgreicher Angebote: 8

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Als Eigenerklärung vorzulegen: . - Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen. Für den Umsatz des Unternehmens/der Unternehmen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind (Objektpl. Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI) unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, ist ein Mindestjahresumsatz von 300.000 EUR im Durchschnitt notwendig. . - Angaben zu einer Berufshaftpflichtversicherung Die Deckungssumme der Berufshaftpflichtversicherung muss min. 2 Mio. EUR für Personenschäden und min. 2 Mio. EUR für sonstige Schäden betragen oder im Auftragsfall abgeschlossen/erhöht werden. Beides bei 2-facher Maximierung. Als Nachweis gilt auch die schriftliche Zusage der Versicherung zur Erhöhung der Deckungssumme im Auftragsfall.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Höchstanzahl erfolgreicher Angebote: 8

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Als Eigenerklärung vorzulegen: . - Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Summe aus Büroinhaber(n) und Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen (Dipl.-Ing./ Bachelor/ Master) im Leistungsbild Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI 2021 des Bewerbers/der Bewerbungsgemeinschaft. . - Grundsätzlich verpflichtet sich jeder Bewerber/jede

Bewerbergemeinschaft im Falle des Auftrages folgende Anforderungen an das einzusetzende Projektteam zu erfüllen: . Projektleiter/in Ingenieurbauwerke - Der Projektleiter/die Projektleiterin hat mindestens ein abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Bauingenieurwesen und mind. 5 Jahre Berufserfahrung als Projektleiter/in im Bereich Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI und Berufserfahrung mit vergleichbaren Projekten im Bereich Ingenieurbauwerke oder kein abgeschlossenes Studium, aber mindestens 10 Jahre Berufserfahrung als Projektleiter/in im Bereich Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI. . Bauleiter/in Ingenieurbauwerke - Der Bauleiter/die Bauleiterin hat mindestens ein abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Bauingenieurwesen und mind. 5 Jahre Berufserfahrung als Bauleiter/in im Bereich LPH 8 Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI, oder kein abgeschlossenes Studium, aber mindestens 8 Jahre Berufserfahrung als Bauleiter/in im Bereich Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI. . - Eigenerklärung, über das Verfügen über die notwendigen Geräte und technischen Ausstattungen nach heute üblichen Standards, entsprechende Schulung der Mitarbeiter/innen an diesen Geräten und den technischen Ausstattungen in der erforderlichen Tiefe. Die Angaben über notwendige Büroausstattung und Schulung der Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen sind als Eigenerklärung vorzulegen und unterliegen keinem geforderten Mindeststandard. . - Angaben zur eingesetzten CAD- und AVA-Software: Die Angaben zu CAD- und AVA-Software sind als Eigenerklärung vorzulegen und unterliegen keinem geforderten Mindeststandard. . - Eigenerklärung, dass vergleichbare Leistungen ausgeführt wurden. Der Nachweis von Referenzen erfolgt durch das Ausfüllen der Referenzabfragen in den Teilnahmeformularen. Die dort aufgeführten Referenzangaben müssen mit der zu vergebenden Leistungen hinsichtlich der planerischen Komplexität vergleichbar sein und dem Bewerber eindeutig zuzuordnen sein. . Der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft hat insgesamt 1 wesentliches Referenzprojekt vorzustellen. Zu jedem Projekt ist max. 1 DIN A4 Projektblatt beizufügen. Mindestkriterien: - Mindestens 1 abgeschlossenes Referenzprojekt "Ingenieurbauwerk Brücke" in der Honorarzone IV oder höher (mind. Leistungsphasen 3-8) Der Referenzzeitraum muss zwischen 01.01.2012 und dem Datum der Bekanntmachung liegen, die LPH 8 muss in diesem Zeitraum abgeschlossen sein.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Höchstanzahl erfolgreicher Angebote: 8

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 8

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: 1 Qualität des Projektteams

Beschreibung: 1.1 Vorstellung der für das Projekt vorgesehenen Personen mit ihren fachlichen Aufgaben und ihren besonderen Kenntnissen. Darstellung über Projektorganigramm.

Bewertete Aspekte: Vollständige Vorstellung des Projektteams im Projektorganigramm,

Aufgabenverteilung innerhalb des Projektteams, Besondere Kenntnisse des Projektteams in Bezug auf das konkrete Vorhaben, Erfahrungen und Fachkenntnisse, Vorstellung

vergleichbarer persönlicher Referenzprojekte. Gewichtung: 5 % 1.2 Kompetenz Projektleiter/in
A) Darstellung einer eigenen Projektstruktur (0-5 Pkte.) B) Dargelegte persönliche Erfahrung mit vergleichbaren Aufgaben (0-5 Pkte.) C) Kommunikations-, Team- u. Organisationsfähigkeit (0-5 Pkte.) Als Gesamtbewertung wird der Mittelwert der vorgenannten Einzelbewertungen genommen; A-C sind somit gleichgewichtig. Gewichtung: 5 % 1.3 Kompetenz Projektleiter/in
A) Darstellung einer eigenen Projektstruktur (0-5 Pkte.) B) Dargelegte persönliche Erfahrung mit vergleichbaren Aufgaben (0-5 Pkte.) C) Kommunikations-, Team- u. Organisationsfähigkeit (0-5 Pkte.) Als Gesamtbewertung wird der Mittelwert der vorgenannten Einzelbewertungen genommen; A-C sind somit gleichgewichtig. Gewichtung: 5 %

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: 2 Darstellung der Arbeitsweise

Beschreibung: 2.1 Welche Eigenschaft Ihres Planungsbüros sehen Sie als Alleinstellungsmerkmal? (Beschränkung auf ein Merkmal!) Was unterscheidet Ihr Büro von Wettbewerbern? Bewertete Aspekte: Wird das Alleinstellungsmerkmal als solches akzeptiert. Überzeugt das vorgestellte Alleinstellungsmerkmal. Ist das Alleinstellungsmerkmal projektrelevant. Gewichtung: 10 % 2.2 In welcher der zu beauftragenden Leistungsphasen sehen Sie Ihre größte Stärke/Kompetenz? (Beschränkung auf eine Leistungsphase) Begründen Sie diese dargestellte Stärke/Kompetenz mit überzeugenden Argumenten. Bewerteter Aspekt: Überzeugungskraft der Argumentation in Verbindung mit dem Stellenwert der Leistungsphase zum Erfolg des Projektes. Gewichtung: 10 %

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: 3 Projekteinschätzung und Herangehensweise

Beschreibung: 3.1 Darstellung der Grundsatzüberlegungen zur Umsetzung des Bauvorhabens unter den Rahmenbedingungen. Darstellung der Herangehensweise. Überlegungen zur Umsetzung des Bauvorhabens im Rahmen des vorgegebenen Kosten- und Terminrahmens. Überlegungen zur Nachhaltigkeit. A) Darstellung der Grundsatzüberlegungen zur Umsetzung des Bauvorhabens unter den Rahmenbedingungen. Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Bauvorhaben, besonders zu beachtenden Fragestellungen, vorhandenen Planungsunterlagen, Standort, Erschließung, Besonderheiten der vorgesehenen Nutzung sowie erforderlichen Funktionalitäten (0-5 Pkte.) B) Darstellung der Herangehensweise an das vorliegende Projekt sowie Ansätze für die weitere Planung (0-5 Pkte.) C) Überlegungen zur Umsetzung des Bauvorhabens im Rahmen des vorgegebenen Kosten- und Terminrahmens mit Plausibilisierung der Kosten anhand Erfahrungen aus vergleichbaren Projekten, Darstellung der Herangehensweise zur Einhaltung des Kosten- und Terminrahmens in Bezug auf das vorliegende Projekt, konkrete Projektbeispiele (0-5 Pkte.) D) Darlegung integralen Planens (bezogen auf die Bereiche: Technik, Konstruktion, Material, Konzept und Nutzung) zur Sicherstellung zeitgemäßer Nachhaltigkeit des zu vergebenden Projektes unter Darlegung der Erfahrungen bei Referenzprojekten (0-5 Pkte.) Als Gesamtbewertung wird der Mittelwert der vorgenannten Einzelbewertungen genommen; A-D sind somit gleichgewichtig.

Gewichtung: 35 %

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: 4 Vergütung, Honorar (auf alle Leistungen)

Beschreibung: Vollständigkeit, Höhe , Angemessenheit Günstigstes Angebot = 5 Pkte. Das günstigste Angebot x 1,29 = 0 Pkte.; dazw. lineare Interpolation

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: 5 Gesamtbild der Präsentation

Beschreibung: 5.1 Gesamteindruck der Präsentation; PPP, Vortrag und Fragen. A)

Übersichtlichkeit/Struktur der PPP (0-5 Pkte.) B) Qualität des Vortrags (0-5 Pkte.) C) Eingehen auf Fragen des Gremiums (0-5 Pkte.) Als Gesamtbewertung wird der Mittelwert der vorgenannten Einzelbewertungen genommen; A-C sind somit gleichgewichtig. Gewichtung: 10 %

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y4VM9GD/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: Deutsches Vergabeportal - DTVP

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y4VM9GD>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 11/05 /2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y4VM9GD>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 27/04/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Fehlende Bieterunterlagen können gemäß § 56 VgV nachgefordert werden

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Noch nicht bekannt

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Durchführung der Leistungen soll gem. §73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, Regierungsvertretung Lüneburg

Informationen über die Überprüfungsfristen: Entsprechend der Regelungen in § 160 GWB. R E C H T S M I T T E L B E L E H R U N G bei EU-weiter Vergabe: a) Ein Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht, kann ein

Nachprüfungsverfahren gemäß der §§ 160 ff. GWB bei der unter VI.4.1 genannten Stelle einleiten. b) Der Antrag ist unzulässig, soweit - der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren vor Einreichendes Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Vergabebekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. c) Die Ausführungen zur Unzulässigkeit (vorstehend unter lit. b) gelten nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Satz 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Hameln

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, Regierungsvertretung Lüneburg

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Hameln

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Hameln

Registrierungsnummer: DE115446613

Postanschrift: Rathausplatz 1

Stadt: Hameln

Postleitzahl: 31785

Land, Gliederung (NUTS): Hameln-Pyrmont (DE923)

Land: Deutschland

E-Mail: sven.szubin@hameln.de

Telefon: 05151 202 1535

Internetadresse: <https://www.hameln.de/de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Kleine + Assoziierte Architekten und Stadtplaner BDA

Registrierungsnummer: keine Angabe

Postanschrift: Reinholdstr. 17

Stadt: Hannover

Postleitzahl: 30167

Land, Gliederung (NUTS): Region Hannover (DE929)

Land: Deutschland

E-Mail: info@kleine-architekten.de

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, Regierungsvertretung Lüneburg

Registrierungsnummer: t:04131153308

Postanschrift: Auf der Hude 2

Stadt: Lüneburg

Postleitzahl: 21339

Land, Gliederung (NUTS): Lüneburg, Landkreis (DE935)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

Telefon: +49 4131-1334

Fax: +49 4131-152943

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 4f3486d6-91b6-47e3-bf3b-fcbe3447dfa0 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 27/03/2026 17:34:10 (UTC+01:00)
Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 219229-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 63/2026
Datum der Veröffentlichung: 31/03/2026